

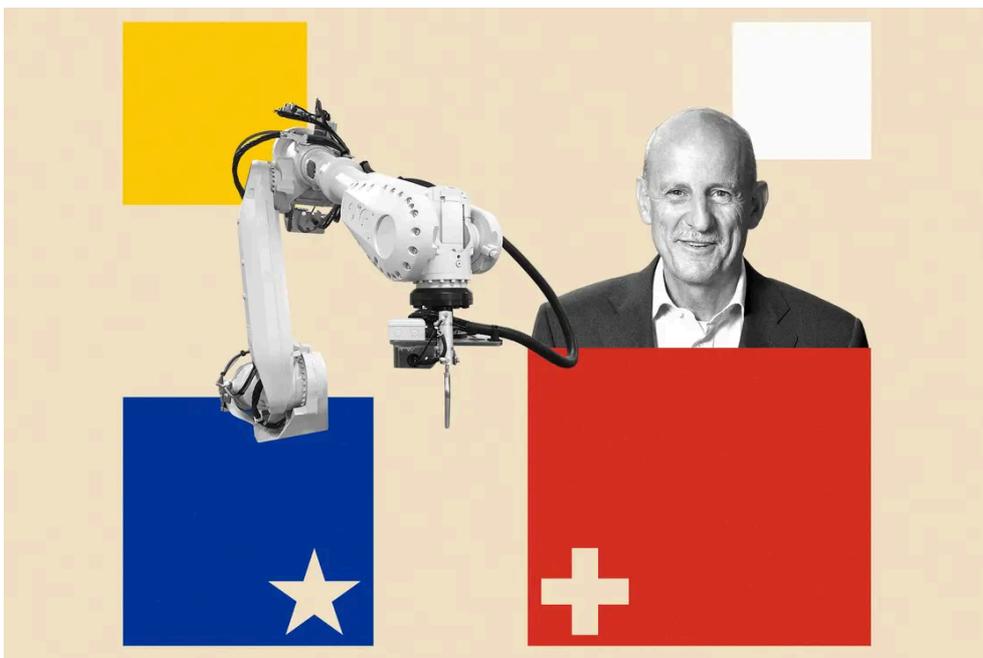
Pro

«Die Wirtschaft kann auf die neuen EU-Verträge verzichten»

Das bilaterale Paket könne kurzfristig Vorteile bringen, sei aber langfristig nachteilig, sagt der Unternehmer Giorgio Behr. Es wäre falsch, sich wegen Trumps Powerplay enger an die EU zu binden.

Tobias Gafafer

12.08.2025, 05.30 Uhr ⌚ 8 min



Die nicht tarifären Handelshemmnisse innerhalb der EU seien immer noch gross, sagt der Unternehmer Giorgio Behr.

Illustration Simon Tanner / NZZ

Lange waren die Bilateralen der kleinste gemeinsame Nenner der Schweizer Wirtschaft. Diese steht aber nicht geschlossen hinter einer engeren Anbindung an die EU, wie sie das geplante bilaterale Vertragspaket vorsieht. Namentlich die dynamische Rechtsübernahme und die Streitbeilegung, bei

der der Europäische Gerichtshof eine Rolle spielt, sorgen für Kritik. Mit Autonomiesuisse und Kompass/Europa engagieren sich zwei Vereinigungen von EU-Skeptikern gegen die angepassten und neuen Verträge. Der Unternehmer Giorgio Behr ist im Co-Präsidium von Autonomiesuisse und Mitglied von Kompass/Europa. Er war für mehrere Industriefirmen tätig und präsidiert den Verwaltungsrat der Behr Bircher Cellpack BBC Group, die er aufgebaut hat.

Herr Behr, die Schweizer Europapolitik wird vor allem wirtschaftlich begründet. Warum engagieren Sie sich als Unternehmer gegen das bilaterale Vertragspaket?

Ich vertrete einen grossen Kreis von Unternehmern, die unmittelbar in der Wirtschaft tätig sind, nicht in einem Verband oder Konzernstab. Es bringt nichts, etwas zu verbessern, was im Grunde genommen überflüssig ist. Die Wirtschaft kann auf die neuen EU-Verträge verzichten.

Wirklich?

Man will die Bilateralen etwas verbessern und erhält am Schluss kaum Vorteile. Das bestehende Abkommen über die technischen Handelshemmnisse, das die gegenseitige Anerkennung von Zulassungen regelt, wird überschätzt. Jedes Unternehmen, das neue Produkte nicht direkt in der EU zertifiziert, wo es oft billiger ist, macht etwas falsch. Die nicht tarifären Handelshemmnisse innerhalb der EU sind immer noch gross. Stellt die EU das Luftverkehrsabkommen infrage, würde sie primär die einzige Gewinnquelle der Lufthansa-Gruppe, die Swiss, belasten. Beim Landverkehr sitzt die EU am kürzeren

Hebel. Deutschland hat die Neat-Zubringerstrecken nicht gebaut und Abmachungen nicht eingehalten.

Die Schweiz und die EU

Nach jahrzehntelangen Diskussionen hat die Schweiz neue Abkommen mit der EU verhandelt. Was ist der Preis dieser Verträge, und was bedeutet das Paket für die künftige Stellung der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft in einem von geopolitischen Spannungen gekennzeichneten Europa?

Serie

Das für die Wirtschaft wichtigste Abkommen ist die Personenfreizügigkeit. Wie stehen Sie zu dieser?

Da vergibt sich die Schweiz Chancen. Wir finanzieren an unseren Hochschulen die Ausbildung talentierter Leute aus Drittländern. Diese dürfen nicht in der Schweiz bleiben, wenn sie nicht sofort eine Stelle finden. Stattdessen holen wir lieber Leute aus der EU, mit weniger Potenzial. Wir kontingentieren die Einwanderung aus Drittstaaten, die spannend wäre, kontrollieren die Zuwanderung aus der EU, die nur teilweise spannend ist, aber nicht.

Die SVP will mit ihrer Initiative gegen die 10-Millionen-Schweiz die Personenfreizügigkeit kündigen. Begrüssen Sie dieses Volksbegehren?

Es geht nicht darum, ob ich diese Initiative begrüße oder nicht. Die Schweiz ist ein Land mit qualitativ hochwertigen Produkten und Angeboten. Dafür

brauchen wir Leute mit einer guter Berufsbildung und akademischen Ausbildung. Würde das Freizügigkeitsabkommen gekündigt, könnten unsere Firmen weiterhin Grenzgänger beschäftigen und Arbeitnehmer aus der EU rekrutieren. Solange der Wirtschaftsstandort attraktiv bleibt, finden sich Fachkräfte, die hier arbeiten wollen.

Aber die Rekrutierung würde bürokratisch.

Die Schweiz hat für die Kontingente für Drittstaaten eine Verwaltung aufgebaut. Die Ausdehnung auf die Zuwanderung aus der EU wäre mach- und tragbar. Die Folgekosten der heutigen Regelung sind höher. Die Änderungen im Freizügigkeitsabkommen, wie sie die angepassten Verträge mit der EU vorsehen, sind problematisch. Der Familiennachzug von Leuten aus der EU, die nicht produktiv tätig sind, würde ausgeweitet. Wir haben den Bund vor den Verhandlungen auf problematische Punkte bei der Personenfreizügigkeit hingewiesen. Es ist nie eine Antwort gekommen.

Der Staatssekretär für Migration, Vincenzo Mascioli, relativiert die Folgen der Anpassung des Freizügigkeitsabkommens. Die Veränderungen beim Familiennachzug seien klein, sagte er im Interview mit der NZZ.

Das Vertrauen in die Aussagen des Bundes ist angekratzt. Er lag oft daneben. Das Ausmass der Zuwanderung wurde massiv unterschätzt. Statt der prognostizierten 8000 Personen pro Jahr sind oft mehr als 80 000

gekommen. Leider saugt die stark wachsende Verwaltung Fachkräfte vom Markt ab.

Branchen wie die Gastronomie oder die Hotellerie sind auf die Zuwanderung von weniger qualifizierten Personen aus der EU angewiesen, weil viele Schweizer gewisse Tätigkeiten nicht mehr ausüben wollen.

Das ist eine Frage des Lohnes und des Arbeitsplatzes. Wir zahlen in unserem Restaurant Stube in Rüdlingen für Schweizer Verhältnisse gute Löhne. Ich habe keine Mühe, Leute zu rekrutieren. Wegen der peripheren Lage sind auch Grenzgänger darunter. Wir müssen in der Schweiz wieder lernen, manche Berufe mehr zu schätzen, statt auf immer mehr Akademiker zu setzen. Wir sollten jene Leute ausbilden, die die Gesellschaft braucht – etwa Krankenpfleger, Polizisten, Servierpersonal und Industriearbeiter.

Sie leben in Schaffhausen. Mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit würde auch das Schengenabkommen infrage gestellt. Was würde das für einen Grenzkanton bedeuten?

Auch die Gegenseite profitiert von der Grenzgänger-Lösung. Der süddeutschen Region geht es gut. Ich glaube nicht, dass diese Nachbarn etwas gegen das heutige Regime unternähmen. Das käme sie teuer zu stehen.

Baden-Württemberg hätte wenig zu sagen, wenn die Schweiz die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigt – und damit auch Schengen infrage gestellt wird.

Ich habe bei Dresden eine Firma. Gehen Sie mal an die Grenze zu Polen. Da ist Schengen heute weitgehend ausser Kraft gesetzt, wie auch an der Grenze zu Dänemark. Der freie Reiseverkehr ist schon an vielen Orten aufgehoben. Man sollte nicht immer damit drohen, dass die Schweiz alles verliere. Auch die EU würde vieles verlieren. Wir sollten selbstbewusster auftreten.

Neue Studien im Auftrag des Bundes zeigen, dass das bilaterale Vertragspaket der Schweiz bedeutende Vorteile bringt. Was halten Sie davon?

Es ist möglich, dass die neuen Verträge kurzfristig Vorteile bringen. Aber langfristig sind sie für die Schweiz nachteilig. Wir müssen die angebliche Erosion der Bilateralen hinterfragen. Ich sehe diese nicht. Beim Abkommen über die technischen Handelshemmnisse (MRA) hat die EU neue Normen eingeführt und wird für die 20 erfassten Branchen laufend neue einführen. Diese gelten für neue Zulassungen – aber das ist doch keine Erosion.

Wie kommen Sie darauf?

Zulassungen betreffen nur die Industrie. Viele KMU sind Zulieferer, exportieren nicht oder nutzen die kostengünstigere Zulassung direkt in der EU. Sie alle sind nicht betroffen. Hochgerechnet könnten drei bis fünf Prozent des Bruttoinlandprodukts tangiert sein. Aber weil bei einer Kündigung des MRA bestehende Zulassungen weiterhin gelten würden, sehe ich keinerlei Schaden. Am wichtigsten ist für die Wirtschaft das

Freihandelsabkommen von 1972, das nicht zum EU-Paket gehört. Dank diesem gibt es keine Zölle – das wird so bleiben.

Die EU ist die wichtigste Partnerin der Schweiz. Was wäre Ihr Plan B zum neuen bilateralen Vertragspaket?

Wird das Paket abgelehnt, geht es weiter wie bisher. Man wird feststellen, dass die Erosion der bilateralen Abkommen mehr Erzählung als Realität ist. Die EU hat andere Probleme. Wenn wir pro Jahr schon mehrere hundert Millionen Franken Kohäsionsgelder an EU-Staaten zahlen müssen, sollten wir dafür auch etwas erhalten. Das wäre mein Plan B. Zudem dürfen wir die Personenfreizügigkeit nicht ausweiten. Dann werden wir schauen, wie die EU reagiert. Vielleicht gibt es Nadelstiche. Aber auch mit den neuen Verträgen könnte dies die EU weiterhin tun, ausser da, wo etwas geregelt wurde. Es ist eine Illusion, zu glauben, die EU werde uns nachher nicht mehr plagen.

Ausgleichsmassnahmen wären gemäss dem Vertragspaket nur noch bei den Binnenmarktabkommen, nicht aber bei der Forschung oder anderswo möglich.

Die Dienstleistungen und der Finanzbereich sind nicht von den Verträgen erfasst. Es gibt also viele Bereiche, wo die EU uns plagen könnte. Zudem mussten wir in den Verhandlungen bei den Hochschulen Zugeständnisse machen. Wir bekommen ein qualitatives Problem, wenn wir Gebühren für ausländische Studenten auf das Niveau der Schweizer Studenten reduzieren. Unsere Universitäten, die eine hohe Qualität bieten, würden für

Studierende aus der EU noch attraktiver. Diese Mengenausweitung bringt zudem hohe Mehrkosten für die Kantone. Befürworter der EU-Verträge feiern die gnädige Wiederzulassung zu Horizon Europe. Doch wie kann man von «Champions League der Forschung» fabulieren, wie es Befürworter der EU-Verträge tun, wenn mit den beiden ETH die besten Teams gar nicht dabei sind?

In den neunziger Jahren waren Sie für den Beitritt zum EWR. Warum haben Sie Ihre Meinung geändert?

Ich bin seit 1973 in EU-Ländern tätig. Ich war damals wie viele in der Schweiz für den EWR, weil die EU noch nicht so zentralistisch war. In den neunziger Jahren war mehr möglich. So hat das EWR-Mitglied Liechtenstein bei der Personenfreizügigkeit weitgehende Ausnahmen erhalten, die die EU der Schweiz nicht zugestehen will.

Wird der EWR wieder ein Thema, falls das Vertragspaket scheitert?

Das glaube ich nicht. Europa hat wirtschaftlich an Bedeutung verloren, während Indien, China und südostasiatische Länder wichtiger geworden sind, wie auch die USA. Die Schweiz tut gut daran, sich weiterhin weltoffen zu positionieren. Die Wirtschaft muss international frei sein. Wenn wir bei internationalen Freihandelsverträgen plötzlich an das gebunden sind, was die EU sagt, ist das nicht gut.

Wie kommen Sie darauf? Die Schweiz kann weiterhin ihre eigenen Handelsverträge abschliessen, das

Freihandelsabkommen ist von den neuen Regeln nicht betroffen.

Die EU ist zusehends auf Richterrecht ausgerichtet. Das droht mit den neuen Verträgen auch der Schweiz. Aus Sicht der EU ist alles binnenmarktrelevant, auch Verträge mit Drittstaaten. Die EU spielt gegenüber der Schweiz das Recht des Stärkeren aus, wird auch hier Druck ausüben.

Befürworter des Vertragspakets argumentieren, Europa werde wegen des Zollstreits mit Trump und der Unberechenbarkeit der USA wichtiger. Was halten Sie davon?

Wir müssen uns fragen, was unserer Industrie erlaubt, zu exportieren. Entweder hat sie ein Produkt, das andere nicht haben, oder eines, das viel besser ist – der Preis ist nie entscheidend. Es hat ohnehin Sinn, nahe am Markt zu produzieren, unter anderem wegen der Währung. Wer grosse Umsätze in den USA hat, muss prüfen, dort eine Fertigung aufzubauen, statt in der Schweiz über den Fachkräftemangel und die Währungsprobleme zu jammern. Unternehmer denken da langfristig, wie viele Reaktionen zeigen. Wer dagegen nach wenigen Jahren in einem Konzern weiterzieht, hat oft eine kurzfristige Optik.

Trump bestraft die Schweiz mit einem Strafzoll von 39 Prozent, weil er sich am Handelsbilanzdefizit stört. War es ein Fehler, wirtschaftlich so stark auf die USA zu setzen?

Es hilft nicht weiter, die USA und die EU gegeneinander auszuspielen. Es wäre naiv, der EU um den Hals zu fallen, wenn die USA Druck machen – wie auch in die USA zu rennen, wenn uns die EU plagt. Wir müssen Abhängigkeiten aller Art abbauen und mit allen Weltregionen Handel treiben. Überraschungen werden dieser Tage zur Regel. Kritisieren ist einfach – lassen wir unsere Leute doch in Ruhe arbeiten. Wir haben jetzt die Chance, nachhaltige Lösungen anzupacken. Dafür muss man auch einmal vertraute Pfade verlassen. Das bringt mehr, als zu jammern oder sich in neue Abhängigkeiten zu begeben.

Passend zum Artikel

Pro

Beziehung Schweiz - EU: «Es soll niemand meinen, der EuGH spiele heute für die Schweiz keine Rolle»

Matthias Oesch ist hierzulande einer der besten Kenner des Europäischen Gerichtshofs. Der Professor für Europarecht erklärt, weshalb er die Rolle des EuGH bei der geplanten Streitbeilegung für unbedenklich hält.

Fabian Schäfer 29.07.2025 ⌚ 8 min



INTERVIEW Pro

«Dass die Fachkräfte ihre Familie mitnehmen wollen, ist doch verständlich», sagt Christoph Mäder

Christoph Mäder, der Präsident des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse, ist überzeugt, dass die Vorteile der neuen bilateralen Verträge mit der EU die Nachteile bei weitem überwiegen: «Wir holen uns dort quasi die Vorteile eines EU-Mitglieds, ohne aber Mitglied zu sein.»

Christina Neuhaus, Peter A. Fischer 05.08.2025 ⌚ 9 min



KOMMENTAR

von Tobias Gafafer

Die kleine Schweiz ist verletzlich – verbindliche Spielregeln mit der EU sind in ihrem Interesse

Die USA setzen ihre Interessen zunehmend mit der Macht der Stärkeren durch. Das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union wird zu Unrecht schlechtgeredet.

16.04.2025 ⌚ 6 min



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.